

Pohl, Rüdiger

Article

Wirtschaftspolitik mit Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit - ein Kommentar

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Pohl, Rüdiger (1997) : Wirtschaftspolitik mit Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit - ein Kommentar, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 3, Iss. 4, pp. 3-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/142820>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kommentar

Wirtschaftspolitik mit Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit

Schwaches Wirtschaftswachstum, eine gedrückte Investitionsquote, steigende Arbeitslosigkeit: die Wirtschaftspolitik ist gefordert. Manche Stimmen rufen nach staatlicher Nachfragepolitik. Sicherlich, mehr Aufträge für die Unternehmen würden die krisenhaften Tendenzen vorübergehend mildern. Doch ist hier nicht viel zu erwarten. Die Geldpolitik hat ihr Wirkungspotential weitgehend ausgereizt, selbst bei historisch niedrigen Zinsen bleiben die Investitionen schwach. Dem Staat verbietet sich forciertes deficit spending unabhängig von den Maastricht-Kriterien, weil seine Zinslastquote (vor allem beim Bund) hoch ist und weiter steigt; bei noch höherer Zinslast würde die künftige Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt. Selbst wenn es denn gelänge, 30 oder 40 Mrd. DM an Mehrnachfrage zu mobilisieren, bliebe dies (bei einer Inlandsnachfrage von insgesamt 3.500 Mrd. DM) ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal ein Teil der Mehrnachfrage im Kauf ausländischer Güter versickern würde. Nachdenklich muß stimmen, daß das gewaltige deficit spending nach der Wiedervereinigung keine Probleme der westdeutschen Wirtschaft gelöst hat.

Die anhaltenden Schwierigkeiten am deutschen Arbeitsmarkt reflektieren zudem nicht nur, vielleicht nicht einmal in erster Linie einen temporären Mangel an Güternachfrage, sondern eher eine geschwächte Wettbewerbsfähigkeit. Es gilt auseinanderzuhalten: nicht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Ganzen ist bedroht, wohl aber die des Standortes Deutschland. Viele deutsche Unternehmen sichern ihre unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit gerade dadurch, daß sie sich vom angestammten Standort in Deutschland lösen. Sie reduzieren Beschäftigung im Inland und weiten sie im Ausland aus; ihre Investitionstätigkeit im Inland ist verhalten, im Ausland dynamisch; sie verlagern Wertschöpfung in andere Länder, durch Produktionsverlagerung oder durch verstärkten Vorleistungsbezug von dort. Andere Unternehmen, denen diese Optionen nicht offenstehen, kommen häufig in arge Bedrängnis.

Da hilft nicht die Beschwörung, die gängigen Standortfaktoren (Lohnstückkosten, Steuern, Regulierungen) seien gar nicht ungünstiger als im Ausland. Wenn sich beispielsweise die Lohnstückkosten durch Abbau überteuerter Arbeitsplätze an das Niveau der Wettbewerber angleichen, ist für den Arbeitsmarkt nichts gewonnen. Auch das steigende Exportvolumen beruhigt nicht. Wenn die Unternehmen weitere Anreize zur Verlagerung von Wertschöpfung ins Ausland verspüren, werden sie ihre Exportaufträge morgen verstärkt vom ausländischen und nicht mehr vom inländischen Standort aus bedienen. Nachfrage ist wichtig, aber das allein löst nicht das Problem; wo Nachfrage Produktion auslöst – hierzulande oder auswärts –, entscheidet über die Arbeitsplätze.

Was also ist zu tun? Standortpessimismus ist fehl am Platze. Die Bundesrepublik Deutschland hat keine unlösbaren Probleme, nur muß das Land auf die Loslösung der Unternehmen vom angestammten Wirtschaftsraum reagieren. Die Wirtschaftspolitik muß mit Priorität für die Wettbewerbsfähigkeit von Wertschöpfung am Standort Deutschland eintreten.

Die alten Verteilungskämpfe sind inhaltsleer geworden. Wirkten früher überhöhte Lohnsteigerungen nach Überwälzung in die Preise inflationär, verstärken sie heute die Verlagerung der Wertschöpfung nach auswärts. Verteilungskampf geht mehr denn je auf Kosten der Arbeitsplätze. Die Tarifpolitik hat das erkannt, ansatzweise wenigstens. Moderate und differenziertere Lohnabschlüsse, mehr Flexibilität in den tarifvertraglichen Regelungen: das muß der Kurs für die Zukunft bleiben. Die größten Brocken hat der Staat vor sich. Mit der Steuerreform müssen die Anreizwirkungen des Steuersystems nachhaltig verbessert werden. Niedrigere Grenzsteuersätze (einschließlich Spitzensteuersatz) dienen dem; würden aber voraussetzen, daß die vielen Schlupflöcher in der Steuerbemessungsgrundlage verstopft werden. Die Reform der Sozialen Sicherung ist unumgänglich, um die Dynamik der Sozialbeiträge (Lohnnebenkosten) zu bremsen. Dies ist die härteste Aufgabe. Gerade weil die Unternehmen Anreize haben, sich vom angestammten Standort zu lösen, ist die traditionelle Kofinanzierung der Sozialversicherungsbeiträge schwer zu halten. Mit der Verlagerung von Wertschöpfung verabschieden sich Unternehmen aus der Kofinanzierung. Auf die Dauer wird es zu neuen Finanzierungsmodellen kommen müssen. Keine Frage, daß sich so grundlegende Reformen nur realisieren lassen, wenn nicht die Umverteilung, sondern die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland und damit die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis Priorität erhält.

Rüdiger Pohl